

Neuererrechts eine Rolle spielen, wurde im Betrieb der Gemeinschaftsempfang einer Fernsehsendung zu Problemen des Neuererwesens innerhalb der Sendereihe „Der Staatsanwalt hat das Wort“ für verantwortliche Leiter und Arbeiter der Produktionsbereiche organisiert. Weiter wurde festgelegt, daß im Oktober in Anwesenheit des Staatsanwalts eine Aussprache darüber geführt wird, wie die Leiter ihrer Verantwortung für die Entwicklung der Neuerertätigkeit nachkommen.

Da die staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen zahlreiche Gesetzesverletzungen zutage gefördert hatten, hielten wir es für geboten, ein Untersuchungsverlangen an den Kombinatdirektor des VEB W. zu richten, damit dieser eigenverantwortlich auch in den anderen Kombinatbetrieben die Arbeit auf dem Gebiet des Neuererwesens überprüft, um die Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit zu sichern.

Um eine hohe Wirksamkeit der staatsanwaltschaftlichen Maßnahmen zu gewährleisten, wurde dem Bezirksvorstand des FDGB eine Abschrift des Protokolls und des Untersuchungsverlangens übermittelt. Diese Materialien wurden auf einer Neuererkonferenz des Bezirksvorstandes des FDGB ausgewertet, damit die Gewerkschaftsleitungen daraus Erkenntnisse und Schlußfolgerungen für die Lösung der ihnen durch die Neuererverordnung übertragenen Aufgaben ableiten und ihre Kontrollrechte umfassend ausüben können. Weitere Auswertungen fanden mit den Sekretären für Arbeit und Löhne der Kreisvorstände des FDGB, mit dem Neuereraktiv und mit der Rechtskommission des Bezirksvorstandes des FDGB sowie im Sekretariat und im Plenum des Bezirksvorstandes der betreffenden Industriegewerkschaft statt.

Entsprechend seinem Arbeitsplan wird das Neuereraktiv des Bezirksvorstandes des FDGB im ersten Halbjahr 1975 eine Kontrolluntersuchung im Kombinatbetrieb N. des VEB W. durchführen. Die Gewerkschaftsfunktionäre werden eigenverantwortlich die Ergebnisse ihrer Anleitung überprüfen. So wurde z. B. der Kreisvorstand der betreffenden Industriegewerkschaft beauftragt, dafür zu sorgen, daß das Neuereraktiv bei der BGL des Kombinatbetriebes seiner Verantwortung besser gerecht wird. Die BGL des Betriebes hat dem Sekretariat des Bezirksvorstandes des FDGB kurzfristig zu berichten, wie sie durch ihre Leitungstätigkeit auf die vorbildliche Einhaltung des Neuererrechts und die Förderung der Neuerertätigkeit hinwirken wird.

Wir schätzen ein, daß durch die staatsanwaltschaftlichen Maßnahmen erreicht wurde, eine umfassende Auseinandersetzung über die qualitativen Ziele der Neuererbewegung und die aktive Rolle des Rechts bei ihrer Verwirklichung auszulösen.

Ruth Sorge, Staatsanwalt
beim Staatsanwalt des Bezirks Cottbus

Neuerscheinung im Staatsverlag der DDR

Prof. Dr. B. N. Toporin: Das politische System des Sozialismus
214 Seiten; 7,50 Mark.

Der bekannte sowjetische Rechtswissenschaftler behandelt in diesem Buch eine Reihe theoretisch und praktisch gleichermaßen bedeutender Fragen, die mit dem Mechanismus politischer Machtausübung in der sozialistischen Gesellschaft zusammenhängen, so z. B.

- die Wechselbeziehungen zwischen dem Allgemeingültigen und den nationalen Besonderheiten in der Entwicklung des politischen Systems,
- die Wechselbeziehungen zwischen sozialistischer Demokratie und wissenschaftlich-technischer Revolution,
- die Hauptetappen der Entstehung und Entwicklung des politischen Systems des Sozialismus,
- die wachsende Führungsrolle der kommunistischen Partei sowie die Hauptformen und Methoden der Führung,
- Rolle und Funktionen des Staates im Sozialismus,
- Volksvertretungen, gesellschaftliche Organisationen (insbes. Gewerkschaften), Volksbewegungen sowie Einparteiensystem und Mehrparteiensystem im Sozialismus.

Der Autor war bemüht, die Probleme aus der Sicht der kollektiven Erfahrungen der sozialistischen Länder zu erörtern.

Inhalt

	Seite
Das neue Gerichtsverfassungsgesetz — wichtige Grundlage für die weitere Erhöhung der Wirksamkeit der Gerichte (Rede des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrats und Ministers der Justiz, Hans-Joachim Heusinger, zur Begründung des Entwurfs des Gerichtsverfassungsgesetzes vor der Volkskammer der DDR am 27. September 1974)	601
Horst Heintze: Aufgaben der Gewerkschaften zur Erläuterung des sozialistischen Rechts und zur Weiterentwicklung des Rechtsbewußtseins der Werktätigen	602
Dr. Gustav Jahn / Siegfried Winkler: Aufgaben der Gerichte bei der Förderung von Initiativen der Werktätigen im Kampf um Bereiche der vorbildlichen Ordnung und Sicherheit.	606
Materialien der 11. Plenartagung des Obersten Gerichts Prof. Dr. Joachim Hemmerling: Zur politischen Verantwortung der Gerichte für die Förderung der Neuererbewegung	610
Ingeborg Noßmann: Initiativen einer Betriebsparteiorganisation zur Förderung der Neuererbewegung.	611
Christoph Kaiser: Zur Bedeutung der betrieblichen Entscheidung über die Benutzung eines Neuerervorschlags für die Tätigkeit der Gerichte.	612
Bericht über die 11. Plenartagung des Obersten Gerichts.	614
Aus dem Alltag des Rechtsstaats der Monopole Eine unheimlich wirkende Macht.	615
Aus der Praxis - für die Praxis Dr. Joachim Schlegel: Zur Strafverschärfung bei mehrfacher Gesetzesverletzung und bei Rückfall.	617
I. Dozent Dr. Wolfgang Surkau: II. Hans Lischke: Zur Ahndung von Störungen des sozialistischen Zusammenlebens nach §§4 und 14 OWVO.	618
I. Karl-Heinz Dieckrich: II. Ingrid Tautnitz: Mieterschutz für Bootshäuser	619
Dr. Karl-Heinz Beyer: Festlegung von Ratenzahlungen und Zahlungsfristen nach § 3 Abs. 2 VereinfVO	620
Karl-Heinz Eberhardt: Zur Wirkung freiwilliger Lohnabtretungen und zu ihrem Verhältnis zur Lohnpfändung zugunsten anderer Gläubiger.	621
Fragen und Antworten	622
Informationen.	624
Auszeichnungen.	613
Rechtsprechung	
Strafrecht	
Oberstes Gericht: Zur Täuschungshandlung i. S. des § 159 StGB gegenüber verfügungsberechtigten Mitarbeitern eines Betriebes bei falscher Abrechnung von Bauleistungen für ein Eigenheim auf Kosten des Betriebes.	624
Arbeitsrecht	
Oberstes Gericht: Zur Anordnung von Schonarbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit	626
BG 'Suhl:	
1. Zur Bewertung von Disziplinverstößen, für die bereits eine Disziplinarmaßnahme ausgesprochen worden ist.	
2. Zur Unzulässigkeit doppelter Sanktionen wegen eines Disziplinverstößes. Anm. Walter Rudelt	627
Gesetzlichkeitsaufsicht des Staatsanwalts Protest des Staatsanwalts des Bezirks Cottbus:	
1. Zu den Pflichten der Leiter, die schöpferische Arbeit der Werktätigen, insbesondere der Arbeiter, in der Neuererbewegung zu unterstützen und zu fördern.	
2. Zu den Aufgaben der Leiter beim Abschluß von Neuerervereinbarungen und bei der Bearbeitung von Neuerervorschlägen. Anm. Ruth Sorge	630